

Wolfram Ridder

»Vierte Gewalt« oder »Not-so-independent broker«?

Die Legende vom irakischen Atomwaffenprogramm und die Medien in den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und in Deutschland

1. Die Medien und ihre Rolle in liberalen Demokratien

Der Bürgerkrieg in Syrien, dem mittlerweile weit mehr als 100.000 Menschen zum Opfer gefallen sind,¹ zeigt der Politikwissenschaft einiges an Forschungsbedarf auf. Nicht nur seine mögliche Rolle als »klassischer« Stellvertreterkrieg² zwischen den Vereinigten Staaten, Russland, Iran und den sunnitischen Golfmonarchien, sondern etwa auch seine Einordnung in den größeren Kontext des Arabischen Frühlings oder aber die Diskussion des Konflikts unter dem Gesichtspunkt der sogenannten »Responsibility to Protect« (R2P) stellen Forschungsfragen dar, die nach einer Analyse durch die Wissenschaft verlangen.

Der Chemiewaffenangriff vom 21. August 2013 in der östlichen Provinz Ghouta, bei dem nach Oppositionsangaben sowie nach Auskunft von verschiedenen humanitären Organisationen wenigstens mehrere hundert Menschen ums Leben kamen,³ beleuchtet einen weiteren kritischen Punkt, der herausragende Relevanz für die Wissenschaft besitzt: »Wie kritisch bzw. unkritisch gehen Medien in liberalen Demokratien mit Behauptungen von Regierungen um, welche diese vor allem auf geheimdienstliche Erkenntnisse stützen?«

Zwar gab es schon bald nach dem Massaker keine wesentlichen Zweifel mehr daran, dass tatsächlich ein solcher Chemiewaffenangriff stattgefunden hatte, die Diskussion über dessen Urheberschaft mündete aber mitnichten in ähnliche Einigkeit. Während nämlich vor allem Vertreter der Obama-Administration darlegten, die Vereinigten Staaten hätten durch Geheimdienststätigkeit unumstößliche Beweise gewonnen, die die

- 1 Bridget Kendall, »Syria death toll now above 100,000, says UN chief Ban« in: *BBC News Online* [<http://tinyurl.com/mffkrev>; Artikel datiert auf 25.7.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013]. Anfang Januar 2014 beendeten die Vereinten Nationen schließlich ihre Bemühungen um eine Schätzung der Opferzahl; vgl. hierfür Kashmira Gander, »UN to stop updating death toll in Syria« in: *The Independent Online* [<http://tinyurl.com/ofaw6lg>; Artikel datiert auf 7.1.2014; letzter Zugriff am 12.4.2014].
- 2 Vgl. hierfür etwa Rami G. Khouri, »Putting out the Syrian Fire« in: *New York Times Online* [<http://tinyurl.com/pfcozxm>; Artikel datiert auf 23.10.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013].
- 3 David Osborne / Kim Sengupta, »Syria gas attacks: the clear and concise evidence from UN chemical weapons inspectors« in: *Independent Online* [<http://tinyurl.com/opv7r8q>; Artikel datiert auf 16.9.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013].

Schuld der syrischen Regierung von Präsident Assad belegen würden,⁴ argumentierten Verbündete der syrischen Regierung, dass eine Urhebererschaft durch sunnitische Rebellen sehr viel wahrscheinlicher wäre bzw. eben diese sogar beweisbar sei.⁵

Nicht nur Vertreter der westlichen Medien dürften bei den Verlautbarungen der US-amerikanischen Politiker, durch ihre Geheimdiensterkenntnisse sei die Schuld der syrischen Regierung zweifelsfrei bewiesen und hierdurch die Grundlage für einen seit langem angedrohten Militärschlag gegeben, das Gefühl eines Déjà vu gehabt haben.⁶ Zwar mag die Motivation für ein Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg durchaus eine andere gewesen sein, dennoch unterschieden sich die Presseverlautbarungen der US-Amerikaner nicht wesentlich von denjenigen Ausführungen, die in den Jahren 2002 und 2003 getätigt wurden, als Vertreter der Bush-Administration einen Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen versuchten. Auch damals, vor allem ab September 2002,⁷ argumentierten Spitzenvertreter der Administration, dass durch geheimdienstliche Erkenntnisse klar und deutlich die vom Irak insgesamt und insbesondere von dessen Unterstützung für den internationalen Terrorismus sowie dem Streben seines Präsidenten Saddam Hussein nach Massenvernichtungswaffen ausgehende Gefahr für den Weltfrieden nachgewiesen sei.⁸ Aufgrund dieses »Nachweises« sowie der Untätigkeit bzw. des Unwillens der internationalen Staatengemeinschaft sei daher ein unilaterales Vorgehen der Vereinigten Staaten, lediglich eingebunden in eine ad hoc gebildete »Coalition of the Willing«,⁹ nicht nur gerechtfertigt, sondern erscheine geradezu als ein Gebot der Stunde. Folgerichtig marschierten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten am 19. März 2003 in den Irak ein und stürzten die Regierung Saddam Husseins.

Wie sich allerdings bereits recht bald herausstellen sollte, waren weite Teile der gegen den Irak erhobenen Anschuldigungen und insbesondere die zentralen Argumente zur Verdeutlichung der eindeutigen und gegenwärtigen Gefahr, welche angeblich vom Irak für die internationale Staatengemeinschaft ausging, im besten Falle durch Angehörige der

4 So etwa bei Paul Richter, »U.N. report on Syria gas attack fuels calls for Assad's prosecution« in: *Los Angeles Times Online* [http://tinyurl.com/nkaxkxb; Artikel datiert auf 17.9.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013].

5 Vgl. hierfür etwa Stephen Lendman, »Syria Gas Attacks: Assad Wrongfully Blamed« in: *Global Research Online* [http://tinyurl.com/nfga43d; Artikel datiert auf 18.9.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013].

6 Vgl. hierfür etwa Alan Reynolds, »The WMD Excuse again. Be skeptical of the administration's claims on Syria« in: *National Review Online* [http://tinyurl.com/o98np9z; Artikel datiert auf 28.8.2013; letzter Zugriff am 20.11.2013].

7 Vgl. hierfür etwa Jane Cramer, »Militarized Patriotism. Why the U.S. Marketplace failed before the Iraq War« in: *Security Studies* 16, Nr. 3 (2007), S. 489-524, hier S. 490.

8 Vgl. für die grundsätzliche Konzipierung, den Verlauf sowie den weiteren Inhalt der Medienkampagne der Bush-Administration Lance Bennett / Regina Lawrence, *When the Press fails. Political Power and the News Media from Iraq to Katrina*, Chicago 2007, insb. S. 13-45; ferner David Dudge, *The War in Iraq and why the Media failed us*, London 2006; Steven Hurst, *The United States and Iraq since 1979*, Edinburgh 2009; Magnus-Sebastian Kutz, *Public Relations oder Propaganda? Die Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration zum Krieg gegen den Irak* 2003, Berlin 2006, insb. S. 93-128.

9 William H. Taft IV / Todd F. Buchwald, »Preemption, Iraq, and International Law« in: *The American Journal of International Law* 97, Nr. 3 (2003), S. 557-563, hier S. 563.

Bush-Administration verzerrt dargestellt und im schlimmsten Falle sogar blanke und teils gar absurde Lügen. So ist es nicht nur unbestreitbar der Fall, dass bis zum heutigen Tage keine einzige atomare, biologische oder chemische Waffe im Irak gefunden wurde sowie dass sogar nachgewiesen wurde, dass der Irak seine Bemühungen im Bereich der Forschung an Massenvernichtungswaffen – gerade aus Sorge vor einem Angriff durch die Vereinigten Staaten – spätestens ab den späten 1990er Jahren eingestellt hatte.¹⁰ Darüber hinaus nämlich schlitterte der Irak zudem nach dem Einmarsch der US-geführten Streitkräfte in einen über Jahre andauernden blutigen Bürgerkrieg, der denjenigen Terrorgruppen ein »lohnendes« Betätigungsfeld bot, welche angeblich mit dem Irak im Bunde standen und durch den Sturz Saddam Husseins eigentlich geschwächt werden sollten. Die Tatsache, dass demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien in der irakischen Politik bis zum heutigen Tage ein bestenfalls prekäres Dasein fristen und terroristische Gewalt nach wie vor ein verhältnismäßig alltägliches Phänomen darstellt, rundet die sicherlich mehr als ernüchternde Bilanz des Scheiterns der Vereinigten Staaten samt ihrer Verbündeten im Irak nur noch ab.¹¹

In der politikwissenschaftlichen, soziologischen, kommunikationswissenschaftlichen und sozialpsychologischen Forschung ist häufig kritisch angemerkt worden, dass die Medienlandschaft in den Vereinigten Staaten im Vorfeld des Irakkrieges »versagt« habe.¹² Dies sei deswegen der Fall, weil die Medien weitestgehend unkritisch und nicht reflektierend in der Form eines »Not-so-independent broker«¹³ die gegen den Irak erhobenen Vorwürfe lediglich an die Adressaten, die Konsumenten, also die Öffentlichkeit, weitergegeben hätten. Hierdurch hätten sie es zugelassen, dass eine Zustimmung in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten zum Krieg im Nahen Osten entstehen konnte.

Von einem sozialwissenschaftlichen Standpunkt betrachtet muss diese Entwicklung verwundern. Verbreitet besteht hier nämlich die Auffassung, bei den Medien handele es sich um eine sogenannte »Vierte Gewalt«. Dieses Konzept formuliert einen dezidierten Kontrollauftrag der Medien, und insbesondere der Printmedien, gegenüber den politischen Eliten, und vor allem gegenüber der Regierung eines Landes in Fragen von Krieg und Frieden.¹⁴ Neben dieser Kontrollfunktion schreibt dieses Konzept den Medien

10 Vgl. hierzu den Abschlussbericht der Iraq Survey Group der Multi-National Force in Iraq, wie auf der Website www.globalsecurity.org veröffentlicht [<http://tinyurl.com/5dbmn>; letzter Zugriff am 20.11.2013].

11 Vgl. hierfür etwa Stephan Bierling, *Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten*, München 2010.

12 So etwa Jon Western, »War over Iraq. Selling War to the American Public« in: *Security Studies* 13, Nr. 1 (2005), S. 106-139; Chaim Kaufmann, »Threat Inflation and the Failure of the Marketplace of Ideas. The Selling of the Iraq War« in: *International Security* 29, Nr. 1 (2004), S. 5-48; Cramer, *Militarized Patriotism*, aaO. (FN 7).

13 Western, *The War over Iraq*, aaO. (FN 12), S. 127.

14 So bereits bei Douglass Cater, *The Fourth Branch of Government*, Boston 1959. Für ein leicht abgewandeltes Konzept der Medien als »Wachhund« bestimmter Interessengruppen in einer liberalen Demokratie vgl. George A. Donohue et al., »A Guard Dog Perspective on the Role of Media« in: *Journal of Communication* 45, Nr. 2 (1995), S. 115-132. Auf einer anderen Ebene relevant sind die Medien in einem verwandten Konzept, dem sogenannten »Marketplace of Ideas«. Dieser unterstellt, dass in liberalen Demokratien gewissermaßen ein öffentlicher Raum

ebenso eine besondere Rolle bei der Bildung der öffentlichen Meinung zu bzw. macht die Bildung einer bedeutungsvollen öffentlichen Meinung von einer kritischen medialen Berichterstattung überhaupt abhängig.¹⁵

Durch die Feststellung eines medialen »Versagens«, wie bei Kaufmann und Western, werden diese beiden Facetten, also die Kontrollfunktion und die Beteiligung an der Meinungsbildung, infrage gestellt. Problematisch hieran ist aber nun, dass eine solche Feststellung den Blick auf die Frage verstellt, ob es zum beobachteten Verlauf der Geschehnisse überhaupt eine realistischer Weise anzunehmende oder zu erwartende Alternative gegeben hätte. Genauer gesprochen: Würden sich auch für die Medienlandschaften in anderen Ländern wenigstens vergleichbare Ergebnisse finden lassen, so hätte man es unter Umständen nicht länger mit einem »Versagen« der Medien zu tun, sondern möglicherweise mit überhöhten Erwartungen an diese selbst bzw. an die in der medialen Sphäre wirkenden Kräfte.

Plausibel wird die Annahme eines solchen »Versagens« insbesondere durch selbstkritische und reflektierende Veröffentlichungen in den Medien selbst. So setzten sich etwa die Herausgeber der New York Times in einem wohl beispiellosen Vorgang überaus kritisch mit der Form der eigenen Berichterstattung über die angebliche Bedrohung durch den Irak sowie die vermeintliche Existenz eines irakischen Atomwaffenprogramms auseinander.¹⁶

bestehe, in dem widerstreitende Meinungen, Ansichten, Werte und Vorhaben miteinander konkurrieren könnten. Hierdurch würde sich, so die Theorie, schließlich im Regelfall die »beste« politische Handlungsoption durchsetzen, zumindest würde hierdurch relativ zuverlässig verhindert, dass eine Regierung etwa unüberlegte »Abenteuer« im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik initiieren könne. Dies soll aufgrund der Tatsache der Fall sein, dass gegen solche Vorhaben vor ihrer Implementierung begründete und durch die Regierung nicht schlicht zurückweisbare Einwände erhoben werden würden. Diese Einwände würden dann, so die Theorie weiter, im öffentlichen Diskurs schließlich die Oberhand gewinnen und somit konsequenterweise das irrationale politische Handlungsvorhaben unterbinden. Erstmals ausformuliert im modernen Sinne wurde dieses Konzept von John Stuart Mill. Vgl. hierzu ders., »*On Liberty« and other Writings*, Cambridge 1998, S. 23. Mills Arbeiten nahmen hierbei Bezug auf die klassischen Schriften des politischen Liberalismus, etwa von John Milton, *Aeropagitica*, Arlington Hills 2011 sowie Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Cambridge 1989. Für Kritik an diesem Konzept vgl. Trevor Thrall, »A Bear in the Woods? Threat Framing and the Marketplace of Values« in: *Security Studies* 16, Nr. 3 (2007), S. 452–488. Anwendung auf die Medienberichterstattung im Vorfeld des Irakkrieges von 2003 fand das Konzept etwa bei Kaufmann, *Threat Inflation*, aaO. (FN 12), S. 5 sowie bei Western, *The War over Iraq*, aaO. (FN 12), S. 107.

15 Es sei zugestanden, dass es durchaus hiervon abweichende Sichtweisen auf Medien und ihre Rolle in einer liberalen Demokratie gibt. So charakterisiert etwa Neil Gavin, *Press and Television in British Politics. Money, Media and Mediated Democracy*, London 2007, S. 13 die Medienlandschaft im Vereinigten Königreich als starrsinnig, rechthaberisch, einseitig und unausgewogen. Vgl. hierzu auch Justin Lewis / Andrew Williams / Bob Franklin, »A Compromised Fourth Estate? UK News Journalism, Public Relations and News Sources« in: *Journalism Studies* 9, Nr. 1 (2008), S. 1–20.

16 The Editors, »The Times and Iraq« in: *Website der New York Times* [tinyurl.com/2q24y; Artikel datiert auf 26. Mai 2004; letzter Zugriff am 1.2.2013]; ferner: Byron Calame, »The Miller Mess. Lingering Issues Among the Answer« in *New York Times vom 23. Oktober 2003*, S. C12; zur politikwissenschaftlichen Rezeption vgl. Lucas W. Robinson / Steven Livingston,

Dagegen meinten einige Forscher, anhand der Vorgänge im Vorfeld des Irakkrieges überhöhte Erwartungen an die Medien zu erkennen und zogen daher ein überaus pessimistisches Fazit im Bezug auf die Aussichten, künftig ähnliche Fehlentwicklungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in liberalen Demokratien verhindern zu können. Insbesondere Dorman äußert erhebliche Befürchtungen angesichts der Tatsache, dass selbst frühere negative Erfahrungen (etwa im Hinblick auf den Vietnamkrieg) nicht zu einer kritischeren Einstellung der Journalisten im Bezug auf Regierungshandeln und -verlautbarungen in Krisenzeiten geführt hätten.¹⁷ Kaufmann¹⁸ dagegen äußert sich vorsichtiger, hält zukünftiges Versagen der Medien angesichts der Erfahrungen mit der Medienkampagne der Bush-Administration aber durchaus für möglich.

Es ist somit das Ziel dieser Studie, einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, in welchem Umfang von Medien in außenpolitischen Krisenzeiten tatsächlich eine kritische Prüfung und Kontrolle von Regierungsverlautbarungen und -handeln erwartet werden kann.

Im Bestreben, einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage zu leisten, ist zunächst eine Fokussierung der Problematik erforderlich. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der Tatsache der Fall, dass die Darstellung und Analyse der gesamten Public Relations-Kampagne der Bush-Administration zur Bildung von nationaler und internationaler Unterstützung für einen Krieg gegen den Irak über das hier darzustellende Maß hinaus gehen würde. Aufgrund dieser Tatsache wurde entschieden, im Rahmen dieser Studie die Reaktion der Medien im Hinblick auf die angebliche Existenz eines irakischen Atomwaffenprogramms zu analysieren, die verbreitet als »Kern« der Medienkampagne der Bush-Administration angesehen wird.¹⁹

Zu erwarten wäre in dieser Frage, und zwar bereits ausgehend von den theoretischen Erwartungen anhand des Konzeptes der Medien als »Vierte Gewalt« in dieser Frage, eine kritische Medienberichterstattung. Diese Erwartungshaltung wird insbesondere dadurch verstärkt, dass bereits während der Public Relations-Kampagne der Bush-Administration auch und insbesondere von anerkannten Experten die Meinung geäußert wurde, dass die Vorwürfe gegen den Irak wenigstens in dieser Frage weitestgehend einer belastbaren

»Strange Bedfellows. The Emergence of the Al Qaeda-Baathist News Frame Prior to the 2003 Invasion of Iraq« in: Alexander Nikolaev, Ernest Hakanen (Hg.), *Leading to the 2003 Iraq War. The Global Media Debate*, New York 2006, S. 23-38, hier S. 34f.

- 17 William Dorman, »A Debate delayed is a Debate denied. U.S. News Media before the 2003 War with Iraq« in: Alexander Nikolaev, Ernest Hakanen (Hg.), *Leading to the 2003 Iraq War. The Global Media Debate*, New York 2006, S. 11-22, hier S. 20f. Ebenso Steven Kull / Clay Ramsey / Evan Lewis, »Misperceptions, the Media, and the Iraq War« in: *Political Studies Quarterly* 118, Nr. 4 (2003), S. 569-598, hier S. 596f.

- 18 Kaufmann, Threat Inflation, aaO. (FN 12), S. 46f.

- 19 Vgl. hierfür etwa Dadge, The War in Iraq and why the Media failed us, aaO. (FN 8), S. 19; David Coates / Joel Krieger, *Blair's War*, Cambridge 2004, S. 69f.; Kaufmann, Threat Inflation, aaO. (FN 12), S. 20-25.

Grundlage entbehren würden.²⁰ Würden die Medien somit in diesem Punkt tatsächlich – und auch im Bezug auf einen Vergleich zwischen den Untersuchungseinheiten – ein geringes Ausmaß an kritischer Rezeption unter Beweis stellen, so würde dies eher auf überhöhte Erwartungen an die Medien bzw. an die in der medialen Sphäre wirkenden Kräfte hindeuten als auf ein »Versagen« derselben.

2. Forschungsdesign: Gewinnung und Codierung des Datensatzes

Um dieser Frage nachzugehen, wurden die Medienlandschaften der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt. Dies wird dadurch begründet, dass sich diese drei Länder im Bezug auf ihre jeweiligen innenpolitischen Konstellationen gewissermaßen idealtypisch voneinander unterscheiden lassen. Während nämlich in den Vereinigten Staaten sowohl die politischen Eliten als auch die öffentliche Meinung eine Invasion des Irak mit dem Ziel, Saddam Hussein zu stürzen, befürworteten,²¹ war im Vereinigten Königreich zwar die Regierung unter Premierminister Tony Blair für die Invasion und schloss sich auch der von den Vereinigten Staaten geführten »Coalition of the Willing« an. Die britische Öffentlichkeit dagegen war in hohem Maße zwiegespalten und – auch wenn die Einschätzungen hierüber und insbesondere bezüglich des genauen Ausmaßes der Ablehnung durchaus differieren – wohl eher gegen einen Krieg eingestellt.²² In der Bundesrepublik dagegen waren sowohl die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch die Bevölkerung den Plänen der US-Amerikaner gegenüber überwiegend bis vollständig ablehnend eingestellt.²³

20 Vgl. hierfür Kaufmann, Threat Inflation, aaO. (FN 12), S. 28f.; ferner Joseph Cirioncione / Jessica Mathews / George Perkovich, *WMD in Iraq. Evidence and Implications*, Washington D.C. 2004, S. 15 sowie Ralf Emmers, »Securitization« in: Alan Collins (Hg.), *Contemporary Security Studies*, Oxford 2010, S. 136–151, hier S. 147ff.

21 Western, The War over Iraq, aaO. (FN 12), S. 106 sowie S. 119; Cramer, Militarized Patriotism, aaO. (FN 7), S. 509.

22 Piers Robinson, et al., *Pockets of Resistance. British News Media War and Theory in the 2003 Invasion of Iraq*, Manchester/New York 2010, S. 70ff.; Kai Hafez, »The Iraq War 2003 in Western Media and Public Opinion: A Case Study of the Effects of Military (Non-)Involvement on Conflict Perception (Paper presented at the Second METU Conference on International Relations, Ankara)« in: *Website der Universität Erfurt* (tinyurl.com/dy92syh; letzter Zugriff am 2.2.2013); Ingrid Lehmann, »Exploring the Transatlantic Media Divide over Iraq. How and Why the U.S. and German Media differed in Reporting on UN Weapons Inspections in Iraq« in: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 10, Nr. 1 (2005a), S. 63–89, hier S. 64; Emmers, Securitization, aaO. (FN 20), S. 148f.

23 Ingrid Lehmann, »The Transatlantic Media and Opinion Divide over Iraq« in: *Peace Review. A Journal of Social Justice* 17, Nr. 4 (2005b), S. 357–363, hier S. 357. Vgl. ferner die entsprechenden Schilderungen zur Vergleichsmöglichkeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik bei Lehmann, Exploring the Transatlantic Media Divide over Iraq, aaO. (FN 22), S. 64; Tuomas Forsberg, »German Foreign Policy and the War on Iraq. Anti-Americanism, Pacifism, or Emancipation?« in: *Security Dialogue* 36, Nr. 2 (2005), S. 213–231; Lori Herber / Vincent Filak, »Iraq War Coverage differs in U.S., German Newspapers« in: *Newspaper Research Journal* 28, Nr. 3 (2007), S. 37–51.

Als Untersuchungszeitraum wurde hierbei die »Hochphase« der angloamerikanischen Bemühungen um heimische und internationale Unterstützung für einen Krieg gegen den Irak gewählt. Diese Hochphase hat ihren Anfang – wie bereits gezeigt – am 08. September 2002 und endet am 19. März 2003. An diesem Tag marschierten die Streitkräfte der »Coalition of the Willing« in den Irak ein.²⁴

2.1 Auswahl der Sets an Tageszeitungen

Die Operationalisierung des Untersuchungsgegenstandes fand dahingehend statt, dass für jedes der drei betrachteten Länder Sets aus Tageszeitungen gebildet wurden, die das jeweilige politische Spektrum wenigstens näherungsweise abbildeten. Für das Vereinigte Königreich konnte ein solches Set aus der Publikation von Robinson et al. übernommen werden,²⁵ für die Vereinigten Staaten sowie für die Bundesrepublik wurde dieser Vorlage entsprechend ein Set nachgebildet.

Robinson et al. wählten für ihr Set die Daily Mail/Mail on Sunday als Vertreter für die Position »broadly right wing«, The Times/Sunday Times sowie The Daily Telegraph/Sunday Telegraph als Vertreter für die Position »broadly conservative«, den Guardian/Observer sowie The Independent/Independent on Sunday als Vertreter für die Position »broadly liberal« und schließlich den Daily Mirror für die Position »broadly left-wing«.

Entsprechend fiel für das Mediensystem der Bundesrepublik die Wahl für den Vertreter der linken Position im politischen Spektrum auf die Frankfurter Rundschau, für die Position »eher links« bis »sozialliberal« wurde die Süddeutsche Zeitung ausgewählt, die Position »liberalkonservativ« wurde besetzt mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung/Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und die Welt/Welt am Sonntag fungierte als konservatives Element des Sets.

Entgegen dieses skizzierten Vorgehens wurde für die USA entschieden, nicht den Versuch des Nachzeichnens des politischen Spektrums zu unternehmen, sondern stattdessen den in der dortigen politischen Landschaft bedeutungsschwereren Gegensatz von »liberalen« und »konservativen« Ansichten abzubilden. Zwar mag hierdurch die Vergleichbarkeit der Mediensysteme im Bezug auf den empirischen Befund beeinträchtigt werden, aufgrund der Beschaffenheit sowohl der politischen Landschaft²⁶ als auch des Mediensystems der Vereinigten Staaten erscheint diese Maßnahme aber so sinnvoll wie notwendig und angemessen.

24 Cramer, Militarized Patriotism, aaO. (FN 7), S. 490.

25 Vgl. hierfür Robinson et al., Pockets of Resistance, aaO. (FN 22), S. 70. Lediglich die Tageszeitung The Sun wurde nicht berücksichtigt aufgrund der Tatsache, dass der Fokus dieser Untersuchung auf »Qualitätsjournalismus« liegen soll.

26 So bereits Francis G. Castles, »Left-Right Political Scales: Some 'Expert' Judgments« in: *European Journal of Political Research* 12 (1984), S. 73–88, hier S. 83 sowie Markus Crepaz, »The Impact of Party Polarization and Postmaterialism on Voter Turnout. A Comparative Study of 16 Industrial Democracies« in: *European Journal of Political Research* 18 (1990), S. 183–205, hier S. 192. Jüngst auch Jay Parini, »The American Mythos« in: *Daedalus* 141, Nr. 1 (2012), S. 52–60, hier S. 58.

Als Vertreter der eher liberalen Position wurden die Washington Post sowie die New York Times ausgewählt, für die eher konservativen Medien fiel die Wahl auf die Washington Times und die New York Post.

2.2 Generierung und Auswertung der Ergebnisse

Mittels Datenbanksuche wurden für den fraglichen Zeitraum für die US-Medien 202 relevante Artikel, für die Medien des Vereinigten Königreiches 177 relevante Artikel und für die Medien in der Bundesrepublik 100 relevante Artikel identifiziert. Es wurden lediglich »Doppeltreffer« aus dem Sample gestrichen sowie solche Artikel, die ausschließlich technische Spezifikationen enthielten bzw. aus anderen Gründen keinerlei Beitrag zur Debatte um die Glaubwürdigkeit der Vorwürfe gegen den Irak lieferten. Gesucht wurde hierbei nach solchen Zeitungsartikeln, in denen sowohl das Stichwort »Irak« bzw. »Iraq« und/oder »Saddam« als auch wenigstens einer der Begriffe »Atom« oder »Nuklear« bzw. »nuclear« inklusive des umgangssprachlichen Begriffes »nuke(s)« für Atomwaffen vorkamen. Zwar ist sicherlich nicht auszuschließen, dass hierdurch etwa solche Artikel aus der Untersuchung fallen könnten, in denen beispielsweise Begriffe wie WMD als Abkürzung für »Weapons of Mass Destruction« vorkommen und bei denen der Kontext darauf hindeutet, dass – wenigstens partiell – auch die Frage eines irakischen Atomwaffenprogramms thematisiert wird und es sich somit bei WMD um einen »totum pro parte« handelt. Eine Klärung dieser – potentiellen – Problematik durch die Sichtung aller Artikel, in denen Bezeichnungen wie WMD oder vergleichbare Abkürzungen und Begriffe vorkamen, im Hinblick auf ihre Relevanz für die Fragestellung war im Rahmen dieser Studie jedoch nicht möglich.

Zur Auswertung der Tendenz der Zeitungsartikel wurden zunächst diejenigen Absätze markiert, in denen tatsächlich auf die angebliche Existenz eines irakischen Atomwaffenprogramms in irgendeiner Form eingegangen wurde. Als Absatz in diesem Sinne wurden auch Überschriften und Unterüberschriften von Artikeln gewertet, sofern diese tatsächlich von Relevanz für diese Untersuchung waren. Diese Identifizierung relevanter Absätze ergab für die Vereinigten Staaten 447 Absätze, für das Vereinigte Königreich 334 Absätze und für die Bundesrepublik 165 Absätze. Jedem dieser relevanten Absätze wurde sodann ein Wert auf einer Skala von Eins bis Fünf zugeordnet, wobei die folgenden Abstufungen Anwendung fanden.²⁷

27 Die Codierungen wurden durch den Verfasser des vorliegenden Beitrages vorgenommen, eine Zweitcodierung des gesamten Datensatzes erfolgte durch einen Kollegen. In 94,90% der Fälle vergaben die beiden Codierer den gleichen Wert, in keinem der verbleibenden 5,10% der Fälle lagen die vergebenen Werte um mehr als eine Stufe auseinander. In diesen Fällen wurde der Durchschnitt der beiden vergebenen Werte ermittelt und in der Untersuchung berücksichtigt.

Tabelle 1: Codierregeln²⁸

Eins	Zwei	Drei	Vier	Fünf
»Unqualified Opposition«	»Qualified Opposition«	»Mixed«	»Qualified Support«	»Unqualified Support«
Absolut kritische Berichterstattung über die Vorwürfe gegen den Irak; die Gültigkeit der Vorwürfe gegen den Irak wird weitestgehend oder vollständig bestritten	Relativ kritische Berichterstattung über die Vorwürfe gegen den Irak; die entkräftenden Informationen stehen im Vordergrund, aber die (potentielle) Gültigkeit der Vorwürfe gegen den Irak wird nicht kategorisch bestritten	Keine eindeutige Tendenz zu beobachten	Relativ unkritische Berichterstattung über die Vorwürfe gegen den Irak; zwar wird auf (potentiell) entkräftende Informationen eingegangen, deren Plausibilität wird aber tendenziell zurückgewiesen	Absolut unkritische Berichterstattung über die Vorwürfe gegen den Irak; die Einwände von Experten sowie abweichende Meinungen innerhalb der Administration werden nicht dargestellt bzw. sogar ausdrücklich zurückgewiesen

Eigene Ausarbeitung.

Im Anschluss an die Codierung wurden die Werte der relevanten Absätze in jedem Artikel addiert und anschließend durch die Gesamtzahl der in diesem Artikel enthaltenen Absätze dividiert, um hierdurch eine »Gesamttenzend« des jeweiligen Artikels zu erhalten. Aus sämtlichen an einem Tag erschienenen Artikel wurden anschließend sogenannte »Tagesdurchschnitte« für jedes der drei Länder gebildet, um diese anschließend auf einer Zeit/Wertung-Skala abbilden zu können.

Bereits weiter oben wurde darauf verwiesen, dass schon während der Bemühungen der Bush-Administration um Herstellung von nationalem und internationalem Rückhalt für eine Intervention im Irak von anerkannten Experten darauf verwiesen wurde, dass die Vorwürfe der US-amerikanischen Behörden gegen den Irak, wenigstens im Bezug auf Nuklearwaffen, weitestgehend einer Grundlage entbehren würden.²⁹ Für die Definition des Erwartungswertes ist dies insofern von Bedeutung, als zwar aus der Retrospektive, also in dem Wissen um die Fehlerhaftigkeit des »Beweismaterials«, praktisch durchgehend und für alle betrachteten Medienlandschaften ein Mittelwert von 1,0 erwartet werden müsste, dies aber keineswegs für die damalige Tendenz in der Berichterstattung vorausgesetzt werden kann. Würden sich solche Expertenmeinungen allerdings substantiell in der medialen Berichterstattung niederschlagen, so müsste dennoch ein

²⁸ Die Benennung und Definition der Stufen folgt weitestgehend Niall Stevens, »Tyranny of the Perceived Majority. Polling in the U.S. News Media before the Invasion of Iraq« in: *Critical Studies in Media Communication* 29, Nr. 3 (2012), S. 220-237, hier S. 226.

²⁹ Vgl. hierfür FN 20.

niedrigerer Wert als 3,0 zu erwarten sein. Als idealer Erwartungswert kann hierbei wohl eine »Qualified Opposition« mit einem Wert von 2,0 angesehen werden, da hier eine Abwägung zwischen Pro- und Contra-Argumenten vorgenommen werden und anschließend eine (vorsichtige) Präferenzierung der Contra-Seite erfolgen würde. Diese Untersuchung definiert somit nicht »Fundamentalopposition« oder gar eine grundsätzliche Anti-Kriegs-Haltung als Idealposition der Medien, sondern erwartet durchaus eine Auseinandersetzung mit den »kriegsbefürwortenden« Argumenten im Hinblick auf ein angeblich existentes irakisches Atomwaffenprogramm und deren anschließende und begründete Zurückweisung.

3. Darstellung des empirischen Befundes

Für den gesamten in dieser Studie betrachteten Zeitraum fanden sich die folgenden Ergebnisse, die der Tabelle 2 zu entnehmen sind.

Tabelle 2: Ergebnisse des Gesamtzeitraumes

	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich	Bundesrepublik Deutschland
Gesamtmittelwert der drei Medienlandschaften	3,73		
Standardabweichung	0,80		
Individuelle Ergebnisse	Zahl der Codierungen ▪ Artikel: 202 ▪ Absätze: 447	Zahl der Codierungen ▪ Artikel: 177 ▪ Absätze: 334	Zahl der Codierungen ▪ Artikel: 100 ▪ Absätze: 165
	Mittelwert: 3,96	Mittelwert: 3,65	Mittelwert: 3,43
	Standardabweichung: 0,67	Standardabweichung: 0,55	Standardabweichung: 0,79
	Q _{0,25} : 3,9 Q _{0,5} : 4,4 Q _{0,75} : 4,8	Q _{0,25} : 3,3 Q _{0,5} : 3,7 Q _{0,75} : 4,0	Q _{0,25} : 3,0 Q _{0,5} : 3,5 Q _{0,75} : 4,0

Eigene Berechnung.

Es wird bereits bei der ersten Betrachtung ersichtlich, dass die Medien in den Vereinigten Staaten – erwartungsgemäß – den höchsten Durchschnittswert mit 3,96, bei einer Standardabweichung von 0,67, aufweisen. Auch im Vergleich zu den Medien im Vereinigten Königreich sowie in der Bundesrepublik erscheint der Unterschied als markant. Dennoch erscheint die Differenz zwischen den Vereinigten Staaten als Extremwert auf der einen und der Bundesrepublik als Extremwert auf der anderen Seite möglicherweise als geringer denn zunächst erwartet. So haben auch die Medien in der Bundesrepublik mit

3,43 einen Durchschnittswert für den gesamten Untersuchungszeitraum erhalten, der klar und deutlich in der »eher unkritischen« Berichterstattungstendenz zu verorten ist, wenn auch die Streuung mit einer Standardabweichung von 0,79 vergleichsweise hoch ist.

Zudem wird ersichtlich, dass die Medien in den Vereinigten Staaten nahezu doppelt so häufig Artikel über das irakische Atomprogramm veröffentlichten wie die Medien in der Bundesrepublik, und diese Artikel wiederum das Thema merklich ausführlicher und detaillierter darlegten. Anders ist es nicht zu erklären, dass zwar das Verhältnis der veröffentlichten Zeitungsartikel zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik bei nahezu genau 2:1 liegt, das Verhältnis der codierten Absätze dagegen bei etwa 2,71:1.

Für die Medienlandschaft im Vereinigten Königreich ist festzuhalten, dass sie eine Mittelposition zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik einnimmt. Die durchschnittliche Codierung der UK-Medien beträgt 3,65 mit einer Standardabweichung von 0,55, womit der codierte Mittelwert nahezu exakt dem Gesamtdurchschnitt der drei Medienlandschaften von 3,73 entspricht.

Der empirische Befund dieser Studie wird nun unterteilt nach »kritischen Ereignissen« dargestellt. Hierdurch wird es möglich sein, die jeweilige Medienberichterstattung stärker an bestimmte politische Ereignisse rückzubinden und der Begriff »die Medienkampagne der Bush-Administration« muss nicht im Ungefähren verhaftet bleiben. Diese kritischen Ereignisse werden leicht modifiziert aus dem Beitrag von Lehmann übernommen,³⁰ werden aber in ihrer Signifikanz auch von anderen Autoren diskutiert und hervorgehoben.³¹ Aus Platzgründen sollen hier nur drei sehr markante Ereignisse diskutiert werden.

Der erste dieser markanten Zeiträume sind die neun Tage vom Beginn der Medienkampagne am 08. September 2002 bis zum 16. September 2002. Dieser Zeitraum reicht somit bis zur Ankündigung des irakischen Außenministers Tariq Asis, dass der Irak der Rückkehr der Waffeninspektoren von UN und IAEA zustimmen würde. Der zweite Zeitraum, der hier näher betrachtet werden soll, ist die Periode zwischen dem 05. Februar 2003 und dem 14. Februar 2003. Am 5.2.2003 fand das möglicherweise bekannteste Ereignis während der Medienkampagne der Bush-Administration statt, als sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Colin Powell, und des Vereinigten Königreiches, Jack Straw, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unter anderem ein »Duell« mit dem deutschen Außenminister Joschka Fischer lieferten. Gegenstand der Debatte war insbesondere der letztmalige anglo-amerikanische Versuch, doch noch eine internationale Unterstützung, oder zumindest eine wohlwollende Duldung der Staatengemeinschaft für einen Waffengang gegen den Irak zu erreichen.

Der dritte hier näher zu betrachtende Zeitraum wird eingeläutet durch die Berichte von UN-Chefinspekteur Hans Blix und IAEA-Direktor Mohammed ElBaradei vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 14. Februar und erstreckt sich bis zum Aus-

30 Lehmann, Exploring the Transatlantic Media Divide over Iraq, aaO. (FN 22), S. 68.

31 So etwa bei B. Gregory Marfleet / Colleen Miller, »Failure after 1441: Bush and Chirac in the UN Security Council« in: *Foreign Policy Analysis* 1 (2005), S. 333-360, hier S. 336ff.

bruch des Irakkrieges am 19. März 2003. An diesem 14. Februar stießen erneut die gegensätzlichen Fronten der Kriegsbefürworter und der Kriegsgegner aufeinander, und es wurde der »Countdown« zum Krieg eingeläutet.

Lehmann fasst die Debatte über die Berichte der Inspektoren an jenem 14.2.2003 wie folgt zusammen:

»This Council meeting was again held at the level of foreign ministers, and the different positions of the United States, France, and Germany became even more apparent than they had been a week earlier. The German Foreign Minister Fischer stated that the inspectors had been able to score some successes and asked, »Why should we now turn away from this path? Why should we now halt the inspections?« The French concept paper for »beefing up the inspections« was also cautiously supported by Blix, and there were numerous other diplomatic attempts to regain middle ground in the Council during the next few weeks.

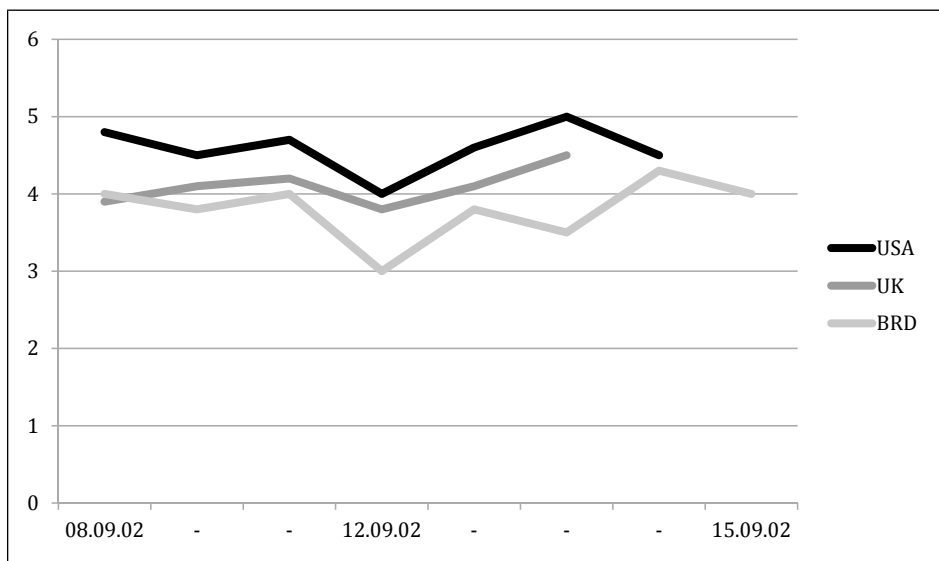
However, the impression was widespread that the time for diplomacy was running out.«³²

Für den ersten dieser drei Subzeiträume finden sich die folgenden Ergebnisse:

Tabelle 3: Ergebnisse der Subperiode 1

Mittelwert in diesem Subzeitraum:	Mittelwert im Gesamtzeitraum:	Zahl der Codierungen in diesem Zeitraum		
USA: 4,59 UK: 4,10 BRD: 3,80	USA: 3,96 UK: 3,65 BRD: 3,43	USA ▪ 16 Artikel ▪ 57 Absätze	UK ▪ 22 Artikel ▪ 35 Absätze	BRD ▪ 13 Artikel ▪ 26 Absätze
Standardabweichung in diesem Zeitraum:	Standardabweichung im Gesamtzeitraum:			
USA: 0,29 UK: 0,22 BRD: 0,37	USA: 0,67 UK: 0,55 BRD: 0,79			

32 Lehmann, Exploring the Transatlantic Media Divide over Iraq, aaO. (FN 22), S. 80.



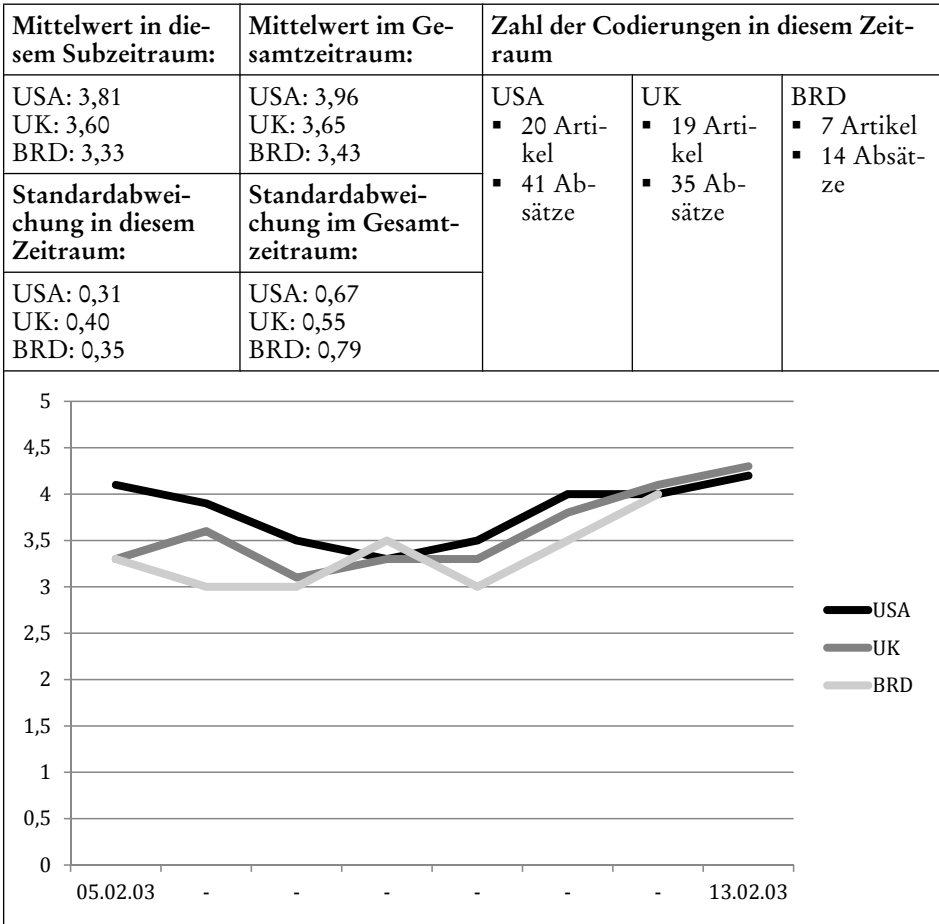
Eigene Berechnung.

Für diesen Subzeitraum wird ersichtlich, dass die Medienberichterstattung in allen drei Ländern markant unkritischer war als im Vergleich zum Gesamtbetrachtungszeitraum. Für die Vereinigten Staaten beträgt die Abweichung +0,63, für das Vereinigte Königreich +0,45 und für die Bundesrepublik immerhin noch +0,37. Dies bedeutet, dass die Tageszeitungen aller drei Medienlandschaften zu Beginn der intensiven Beeinflussung durch Regierungsstellen offenkundig besonders unkritisch gegenüber den Vorwürfen an die Adresse der Iraker eingestellt waren.

Es mag überraschend anmuten, dass die Medien im Vereinigten Königreich die meisten Artikel im Bezug auf das irakische Atomprogramm veröffentlichten, gleichwohl ist der Abstand zu den Medien in den Vereinigten Staaten nicht sehr groß, zudem berichteten die US-Medien merklich ausführlicher, was sich an der höheren Zahl an codierten Artikeln ablesen lässt. Zugleich wird ersichtlich, dass die Graphen der medialen Rezeption der Medienkampagne in bemerkenswerter Weise nahezu parallel verlaufen zu scheinen.

Ganz ähnliche Ergebnisse finden sich für den zweiten hier zu betrachtenden Subzeitraum. Die Ergebnisse dieser Periode sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 4: Ergebnisse der Subperiode 2



Eigene Berechnung.

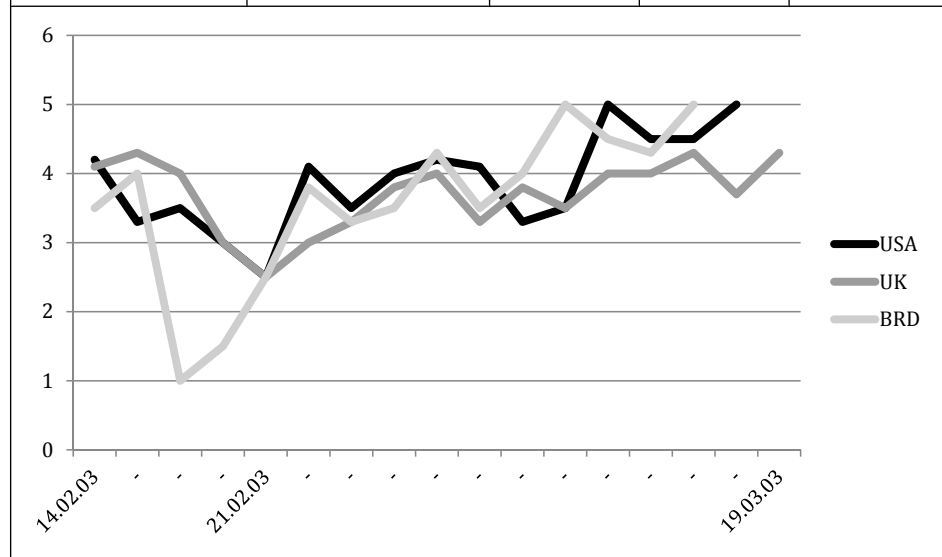
Auch hier wird ein annähernd paralleler Verlauf der Graphen abgebildet, für diesen Subzeitraum liegen zudem noch niedrigere Schwankungen vor als dies für den ersten Subzeitraum der Fall war. Unmittelbar im Anschluss an die prominent besetzte und hoch-emotionale Debatte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zeigen sich für alle drei Mediensysteme überdurchschnittlich kritische Berichterstattungen im Vergleich zum Gesamtzeitraum. Für die Vereinigten Staaten beträgt die Abweichung -0,15, für das Vereinigte Königreich -0,05 und für die Bundesrepublik -0,10. Besonders signifikant erscheint die Abweichung aber verglichen mit dem ersten Betrachtungszeitraum, der durch den Beginn der Medienkampagne eingeläutet wurde. Verglichen mit dieser Subperiode beträgt die Abweichung für die Medien in den Vereinigten Staaten -0,78, für die Medien im Vereinigten Königreich -0,50 und für die Bundesrepublik -0,47.

Es sei allerdings eingeräumt, dass die für diese Subperiode und das Mediensystem der Bundesrepublik vorliegende etwas niedrige Zahl an Artikeln und Absätzen die genaue Aussagekraft der Resultate im Bezug auf Vergleiche als fraglich erscheinen lassen muss. Gleichwohl ist es dennoch interessant zu vermerken, dass trotz dieses bedeutenden und breit rezipierten Ereignisses im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Medienberichterstattung in der Bundesrepublik über ein potentiell irakisches Atomwaffenprogramm merklich niedriger war und blieb als dies für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich der Fall war.

In Teilen kontrastiert werden können diese Befunde nun durch die Ergebnisse für den letzten Abschnitt der Medienkampagne der Bush-Administration, welche der folgenden Tabelle entnommen werden können.

Tabelle 5: Ergebnisse der Subperiode 3

Mittelwert in diesem Subzeitraum:	Mittelwert im Gesamtzeitraum:	Zahl der Codierungen in diesem Zeitraum		
USA: 3,89 UK: 3,70 BRD: 3,58	USA: 3,96 UK: 3,65 BRD: 3,43	USA ▪ 37 Artikel ▪ 69 Absätze	UK ▪ 30 Artikel ▪ 52 Absätze	BRD ▪ 20 Artikel ▪ 32 Absätze
Standardabweichung in diesem Zeitraum:	Standardabweichung im Gesamtzeitraum:			
USA: 0,68 UK: 0,51 BRD: 1,11	USA: 0,67 UK: 0,55 BRD: 0,79			



Eigene Berechnung.

Für die Medienlandschaft in den Vereinigten Staaten wird deutlich, dass in der »heißen« Phase der Vorkriegszeit die Berichterstattung wieder leicht unkritischer wird. Verglichen mit der unmittelbar vorangehenden Subperiode beträgt die Abweichung +0,08. Bezogen aber auf den Durchschnittswert der US-Medien im Gesamtzeitraum liegt auch für diese entscheidende und finale Phase immer noch ein leicht unterdurchschnittlicher Wert mit einer Abweichung von -0,07 vor. Für die Medien des Vereinigten Königreiches ergibt sich ein ähnlicher Befund. Verglichen mit dem unmittelbar vorangehenden Zeitraum beträgt die Abweichung +0,10, und bezogen auf den Durchschnittswert des britischen Mediensystems insgesamt liegt ein – nur leicht – überdurchschnittliches Ergebnis mit einer Abweichung von +0,05 vor. Für die Medien in der Bundesrepublik dagegen ergibt sich ein zwiespältiger Befund: Wie auch bei den US- und UK-Medien steigt der Durchschnittswert für diese Subperiode an, und zwar ziemlich markant um +0,25 auf 3,58. Während aber für die USA und das Vereinigte Königreich somit immer noch unterdurchschnittliche bzw. vergleichsweise niedrige Werte verzeichnet werden, fällt nun – gewissermaßen am »Vorabend« des Krieges – für die deutschen Medien bezogen auf den Gesamtzeitraum ein überdurchschnittlich unkritisches Ergebnis an. Die Abweichung zum Gesamtdurchschnittswert der deutschen Medien beträgt +0,15. Gleichzeitig ist für die deutschen Medien in diesem Zeitraum aber auch die enorme Standardabweichung mit einem Wert von 1,11 auffällig.

4. Diskussion der empirischen Ergebnisse

Es wird deutlich, dass sich im Vergleich zu den Vereinigten Staaten für das Vereinigte Königreich und für die Bundesrepublik zwar durchaus in Teilen abweichende, aber dennoch keine grundsätzlich verschiedenen oder gar gegensätzlichen Erkenntnisse für die Tendenz der Medienberichterstattung über die Kampagne der Bush-Administration von September 2002 bis März 2003 finden lassen. Dies wird nicht nur durch die Analyse der Durchschnittswerte ersichtlich, sondern auch deutlich bei Betrachtung der in gewisser Weise beinahe »parallel« verlaufenden Graphen für die Zeiträume ab dem 08. September 2002 und dem 05. Februar 2003. Auch der Zeitraum ab dem 14. Februar enthält eine derartige näherungsweise parallele Ausformung der Graphen, wobei hier aber eine entsprechende Entwicklung erst ab dem 21. Februar einzusetzen scheint. Hier ist umso interessanter, dass die Medien in allen drei Ländern zunächst deutlich kritischer zu berichten scheinen, möglicherweise auch und insbesondere die weltweiten Anti-Kriegs-Demonstrationen mit mehreren Millionen Teilnehmern vom 15. Februar 2003 rezipierend.³³

Diese Erkenntnis wird dadurch umso signifikanter, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Zeiträume nach dem 08. September 2002 und dem 05. Februar 2003 durchaus als die entscheidenden Perioden des Untersuchungszeitraumes gelten können. Immerhin stellt der 08. September den Beginn der Medienkampagne dar, an welchem bereits die

33 Vgl. hierfür etwa Joris Verhulst, »The World says No to War« in: Stefaan Walgrave (Hg.), *The World says No to War: Demonstrations against the War on Iraq*, Minneapolis 2010, S. 1-19.

zentralen Bestandteile und die Fokussierung auf ein angeblich existentes irakisches Atomwaffenpotential vorgelegt und dargestellt wurden. Der 05. Februar wiederum war unbestreitbar der Termin, an dem der Konflikt um den Irak die mit Abstand höchste internationale Aufmerksamkeit und Medienberichterstattung erfuhr. Der 14. Februar schließlich läutete gewissermaßen die »Endphase« der internationalen Auseinandersetzung um einen Irakkrieg ein, und auch für diesen, mehr als einen Monat umfassenden Zeitraum lässt sich lediglich für die erste Woche eine erhebliche Abweichung zwischen den Medien in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik erkennen.

Vertritt man nun weiterhin den Standpunkt, in den Vereinigten Staaten habe sich ein mediales »Versagen« ereignet, indem die Journalisten in unzureichender Art und Weise die Einwände gegen die Gültigkeit der durch die Bush-Administration vorgebrachten Argumente für einen Krieg gegen den Irak rezipiert hätten, so sieht man sich unweigerlich mit der zwingenden Schlussfolgerung konfrontiert, auch für das Vereinigte Königreich und sogar für die Bundesrepublik eben dieses »Versagen« konstatieren zu müssen.³⁴ Der mögliche Einwand hiergegen, in der Bundesrepublik sei das »Versagen« der Medien – teils deutlich – weniger signifikant ausgeprägt, kann jedenfalls nicht verfangen. Dies gilt insbesondere, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die deutschen Medien auf den ersten Blick mit keinem wesentlichen Faktor konfrontiert waren, der tatsächlich für ein kriegsgerisches Eingreifen im Irak votiert und somit die – vermeintliche – Dringlichkeit des Problems verdeutlicht hätte. Vielmehr waren, wie gezeigt, sowohl die politischen Eliten als auch die deutsche Öffentlichkeit entschieden bis weitestgehend gegen einen Krieg eingestellt. Die Tatsache, dass sich dieser scharfe Kontrast im Bezug sowohl auf die Vereinigten Staaten als auch das Vereinigte Königreich somit in der Berichterstattung in jedem Fall nicht in einem zu erwartenden Umfang nachweisen lässt, muss eine Signifikanz des hier gezeigten Befundes als geradezu zwingend erscheinen lassen.

Hieraus ergibt sich die Frage, aus welchen Gründen die Tendenz in der Berichterstattung die hier festgestellte Ausprägung erfuhr. Insbesondere für die Vereinigten Staaten liegen hierzu mehrere widersprüchliche Ausführungen vor,³⁵ für das Vereinigte Königreich liegt wenigstens eine systematisch ausgearbeitete und an Erklärungsansätzen orientierte umfangreiche Studie vor.³⁶ Die sich hierbei ergebende Problematik ist, dass diese Erklärungsansätze für die dortigen Medien meist US-spezifische³⁷ bzw. UK-spezifische

34 Hierdurch würden Studien, welche ein »positives« Ergebnis im Sinne einer kritischeren Berichterstattung für die Medien in der Bundesrepublik im Vergleich zu den Vereinigten Staaten konstatieren, jedenfalls nicht repliziert. Vgl. für solche Studien etwa Lehmann, *The Transatlantic Media and Opinion Divide over Iraq*, aaO. (FN 23), wobei Lehmann aber eine Analyse der allgemeinen Medienberichterstattung vornimmt, und daher nicht – wie in der hier vorliegenden Studie – pointiert und fokussiert vorgeht.

35 Western, *The War over Iraq*, aaO. (FN 12); Cramer, *Militarized Patriotism*, aaO. (FN 7), S. 509; Kaufmann, *Threat Inflation*, aaO. (FN 12); Ronald Krebs / Chaim Kaufmann, »Selling the Market Short? The Marketplace of Ideas and the Iraq War« in: *International Security* 29, Nr. 4 (2005), S. 196–207.

36 Robinson et al., *Pockets of Resistance*, aaO. (FN 22).

37 So etwa die Konzepte in Cramer, *Militarized Patriotism*, aaO. (FN 7) und in Kaufmann, *Threat Inflation*, aaO. (FN 12).

Ursachen³⁸ ausmachen und daher kaum eine Übertragungsmöglichkeit auf andere Länder bieten. Ein Ansatz aber, welcher mutatis mutandis von den USA auch auf die Bundesrepublik und das Vereinigte Königreich übertragen werden könnte, ist die These von der »Rhetorical Coercion« nach Krebs.³⁹ Krebs argumentiert, dass die schockierenden Ereignisse des 11. September 2001 dazu geführt hätten, dass die politische Diskussion in den Vereinigten Staaten sich von »wahrscheinlichen« auf »mögliche, aber gleichzeitig katastrophale« Bedrohungsszenarien verlagert hätte.⁴⁰

Dies habe sich durch die sogenannte »Psychologie des Terrorismus« vollzogen:

»The Psychology of Terrorism helps explain how September 11 reconfigured the rhetorical playing field and primed the American public for the Bush administration's case for war. First, the availability heuristic suggests that, in the face of uncertainty, people assess probabilities by searching for analogies. Recent terrorist events, particularly those on a large scale, are unusually salient and thus lead to exaggerated risk perceptions. Second, terrorism is, by its very nature, hard to control, and successful mass-casualty terrorist attacks on U.S. soil were nearly unknown. People are particularly afraid of such risks and thus are particularly prone to inflate them. Third, when circumstances call forth strong emotions, people tend to overestimate risk [...]. [T]hey consequently focus less on probabilities than on possibilities.«⁴¹

Auch wenn etwa die Herausgeber und Redakteure der Zeitungen das Szenario eines tatsächlich existierenden irakischen Atomwaffenprogramms möglicherweise nicht für sehr wahrscheinlich hielten, waren sie doch angesichts der Erfahrungen vom 11. September 2001 – immerhin ein Ereignis, das zuvor wohl sicherlich nicht nur von US-Medienvertretern für unmöglich erachtet wurde – dennoch bereit, dies wenigstens als möglich anzusehen. Da aber gleichzeitig die Konsequenzen dieses nun für möglich erachteten Ereignisses im Stile eines »9/11 mit Nuklearwaffen« in extremer Weise verheerend gewesen wären, verschob sich das persönliche Kalkül zahlreicher Journalisten dahin, dass die durch Angehörige der Bush-Administration und der Regierung Blair vorgelegten »Beweise« nun plötzlich ausreichten, um einen Waffengang gegen den Irak zu rechtfertigen. Zumindest kann man wohl davon ausgehen, dass zahlreichen Journalisten die fälschliche Zurückweisung der »Beweise« für ein irakisches Atomwaffenprogramm als solch hohes Risiko angesichts der möglichen Konsequenzen erschien, dass sie diese nicht anzweifeln zu können glaubten. Der dahinter stehende Gedanke war wohl, dass ein ungerechtfertigter Einmarsch in den Irak immer noch ein weniger verhängnisvoller Fehler gewesen

38 Vgl. Robinson et al., Pockets of Resistance, aaO. (FN 22), S. 98ff. Die Autoren betonen die Wichtigkeit des britischen Patriotismus neben des Informationsvorsprungs von Regierungen sowie deren grundsätzlicher Fähigkeit zur »issue manipulation« für die Rezeption der Medienkampagne der Bush-Administration im Vereinigten Königreich.

39 Krebs / Kaufmann, Selling the Market Short?, aaO. (FN 35).

40 Vgl. für ähnliche psychologische Übertragungsmechanismen etwa Harald Müller, »Demokratie, die Medien und der Irakkrieg« in: Christian Büttner (Hg.), *Der Krieg in den Medien*, Frankfurt/New York, S. 21, Fn. 8.

41 Krebs / Kaufmann, Selling the Market Short?, aaO. (FN 35), S. 200.

wäre als ein fälschlicher Zweifel an den Informationen, die durch die Regierungsstellen vorgelegt wurden.

Schließt man sich nun dieser – wenigstens vorläufigen und plausiblen – Gesamterkenntnis an, so ist dies wohl eine doppelt-negative Nachricht für den Betrachter. So bieten die Medien, erstens, nämlich in der Bundesrepublik entgegen der verbreiteten Meinung keinen positiven Kontrast zum »Versagen« der Medien in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich. Hätte die Bundesrepublik somit nicht einen derart dezidierten Anti-Kriegskurs eingeschlagen, sondern sich stattdessen auf der Seite der »Coalition of the Willing« positioniert, so spricht wenig dafür, dass die Medien hiergegen einen nachdrücklichen Widerstand durch den Hinweis auf teils gravierende Mängel in der Argumentationsführung der Bush-Administration geleistet hätten. Zumindest wären solche Widerstände aller Voraussicht nach jedenfalls nicht auf die potentielle und angebliche Existenz eines irakischen Atomwaffenprogramms gegründet worden. Zweitens würde diese Erkenntnis bedeuten, dass die Medienkampagne der Bush-Administration und der Regierung Blair möglicherweise eben nicht nur gegenüber den Medien in ihren jeweiligen Ländern erfolgreich war. Es würde sich somit wenigstens die Möglichkeit andeuten, dass die Einflussnahme der Regierungsstellen auch auf die deutschen Medien wirkte, wobei aber an dieser Stelle darauf geachtet werden muss, Korrelationen und Kausalität nicht zu verwechseln. Sollte sich dieser Befund durch weitere Studien korrobrieren lassen, so wäre dies eine durchaus wichtige und interessante Erkenntnis über transatlantische Verbindungen von Regierungsmeinung und deren medialer Rezeption.

Stellt man sich nun somit die normative Frage, ob und – wenn ja, in welchem Umfange – das jedenfalls für die Vereinigten Staaten oftmals konstatierte mediale »Versagen« in allen drei betrachteten Ländern vorliegt, so wird deutlich, dass eine Beantwortung wenig Sinn zu haben scheint angesichts der Tatsache, dass entgegen der Erwartung kein Positivbeispiel als Kontrast bzw. Vergleichsmaßstab gefunden werden konnte. Es erscheint somit als sinnvoll, weniger den Versuch einer Feststellung von »Versagen« zu betreiben als sich vielmehr einzugestehen, dass möglicherweise überhöhte Erwartungen an den kritischen Geist der Medien bestanden.

Die Ergebnisse deuten zumindest stark in die Richtung, dass die Medien während der Medienkampagne den kritischen Geist, der ihnen durch das Konzept von den Medien als »Vierter Gewalt« zugesprochen wird, aufgrund des Einflusses des 11. September 2001 deutlich vermissen ließen, wenn dies auch nur vorübergehend der Fall war und die Kritikfähigkeit der Medien sehr bald nach Kriegsausbruch wieder zurückkehrte.⁴²

Es wird somit plausibel, dass es sich bei den untersuchten Tageszeitungen offenkundig tatsächlich eher um »Not-so-independent broker«, also um voreingenommene und nicht unabhängige Vermittler bzw. Zwischenhändler von Regierungsinformationen handelte.

Gleichzeitig muss aber auch nach den Erkenntnissen dieser Studie das genaue Ausmaß des medialen »Versagens« unklar bleiben. So zeigen Robinson et al. nämlich, dass bedeutenden Teile der britischen Medienlandschaft grundsätzlich eine »anti war«-Einstel-

42 Krebs / Kaufmann, *Selling the Market Short?*, aaO. (FN 35), S. 202.

lung zugeschrieben werden muss.⁴³ Hieraus geht hervor, dass unkritische Berichterstattung über die Frage eines irakischen Atomwaffenprogramms nicht zwangsläufig mit genereller Kritiklosigkeit gegenüber dem Regierungskurs korrelieren muss bzw. gleichgesetzt werden kann.

5. Abschließende Bemerkungen

Die Ergebnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass die Art und Weise der medialen Berichterstattung in den Vereinigten Staaten, die zurecht Gegenstand scharfer Kritik war, wohl unvermeidlich war angesichts der Tatsache, dass kein positiver Kontrast gefunden werden konnte.

Inwieweit künftig andere Formen der Berichterstattung, etwa durch Nutzung sozialer Netzwerke oder sogenannter »Whistleblower«-Plattformen im Internet in der Lage sein werden, hier ein gewisses Maß an Kompensation bereit zu stellen, muss erst noch die Zukunft zeigen. Es ist jedenfalls sehr wahrscheinlich, dass der Kreis, aus welchem sich die Teilnehmer an der Rolle der »Vierten Gewalt« rekrutieren, in Zukunft eher größer denn kleiner werden wird, wenn sich die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates dreht. Ob dies dann allerdings wiederum zu »besserer« im Sinne von vollständiger oder wenigstens weitestgehender Information der Öffentlichkeit sowie zu vorausschauenderen bzw. »weiseren« Entscheidungen der politischen Eliten führen wird, muss ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt als fraglich erscheinen. So lehrt uns nämlich unter anderem der Philosoph Jürgen Habermas, dass die inzwischen sprichwörtlich gewordene »Neue Unübersichtlichkeit« nicht ausschließlich ein Segen der Moderne sein muss.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird die Wirksamkeit der Medienkampagne von US-amerikanischen und britischen Regierungsstellen beleuchtet, die im Vorfeld des Irakkrieges von 2003 die internationale Staatengemeinschaft von der Notwendigkeit eines Waffenganges gegen den Irak überzeugen sollte. Hierbei wird untersucht, wie kritisch bzw. unkritisch der – haltlose – Vorwurf rezipiert wurde, der Irak besitze ein Atomwaffenprogramm. Es wird ausgeführt, dass das für die Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang häufig konstatierte »Versagen« der Medien im Bezug auf ihre Rolle als »Vierte Gewalt« im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik zwar abgeschwächt erscheint, aber dennoch ebenso nachweisbar ist. Es wird als Erklärung hierfür die Hypothese gebildet und präsentiert, dass auch auf britische und deutsche Medien eine sogenannte »Rhetorical Coercion« gewirkt habe.

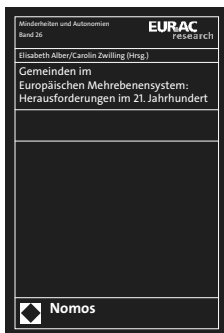
43 Robinson et al., Pockets of Resistance, aaO. (FN 22), S. 70.

Summary

This article examines the effectiveness of the US and UK media campaign prior to the 2003 Iraq war. This media campaign was designed to create international support for invading and disarming Iraq and focussed on the alleged existence of an Iraqi nuclear weapons program. It is shown that the often suggested »failure« of the media with regards to its role as a »fourth estate« in the U.S. can also – however less significantly – be determined for the UK and German media. As an explanation, it is proposed that not only the US media, but also British and German newspapers were under the influence of a so-called »rhetorical coercion«.

Wolfram Ridder, »Fourth estate« or »Not-so-independent broker«? The fairy tale of Iraq's nuclear weapons program and the media in the United States, the United Kingdom, and in Germany

Kommunen in Krisenzeiten



Gemeinden im Europäischen Mehrebenensystem: Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Herausgegeben von Elisabeth Alber und Carolin Zwilling

2014, 406 S., brosch., 78,- €

ISBN 978-3-8487-1241-0

(Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen, Bereich »Minderheiten und Autonomien«, Bd. 26)

www.nomos-shop.de/22497

Der Band setzt sich mit dem sich wandelnden Wesen, den Zuständigkeiten und der Rolle von Kommunen in Krisenzeiten auseinander. Insbesondere werden drei Bereiche länderübergreifend analysiert: die interkommunale Zusammenarbeit in staatlichen Mehrebenensystemen, die Europäisierung der kommunalen Ebene und die Gemeinde als Akteur in ausgewählten Politikfeldern.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos